



NEWSLETTER 08/2015

FORUM|MIGRATION



Löhne vierter Klasse

Auch in Vollzeit verdienen Migranten aus EU-Staaten in Deutschland oft nur wenig Geld. Viele Menschen aus Osteuropa, dem Baltikum und eingewanderte Frauen arbeiten für Niedriglöhne, ihre deutschen Kollegen werden für vergleichbare Tätigkeiten deutlich besser bezahlt, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Mit Stichtag Ende 2013 hat die IAB-Forscherin Carola Burkert erstmals die Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit nach Herkunftslanden ausgewertet. Sie unterschied dabei zwischen Vollbeschäftigen in Deutschland aus südeuropäischen (Griechenland, Spanien, Italien, Portugal), osteuropäischen (Baltikum, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) sowie den neuen EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien. Kriterium für das Niedriglohnsegment war ein Bruttolohn von weniger als zwei Dritteln des mittleren Einkommens. Über alle Qualifikationsstufen hinweg zeigten sich erhebliche Differenzen gegenüber deutschen Kollegen.

Unter den männlichen deutschen Fachkräften ging jeder achte mit einem Niedriglohn nach Hause. Bei den

männlichen Südeuropäern war es fast jeder vierte, bei den männlichen Osteuropäern mehr als die Hälfte. Männliche Fachkräfte aus Rumänien und Bulgarien arbeiteten in rund 59 % aller Fälle zum Niedriglohn. Bei den „Helfer- und Anlerntätigkeiten“ arbeitete jeder dritte deutsche Mann zum Niedriglohn. Bei den Südeuropäern waren es 42,5 %, unter den Osteuropäern 73 % und unter Beschäftigten aus Rumänien und Bulgarien 77 %. Weibliche deutsche Beschäftigte arbeiten je nach Qualifikationsstufe bis zu viermal öfter zum Niedriglohn als ihre deutschen Kollegen. Auch Frauen aus anderen EU-Staaten bekommen öfter Niedriglöhne. Allerdings ist der Abstand hier geringer.

Ursache für die deutliche Schlechterstellung migrantischer Beschäftigter sind laut IAB Schwierigkeiten bei der Qualifikationsanerkennung, mangelnde Sprachkenntnisse, fehlende Informationen für adäquate Jobsuche und wenig Erfahrungen in Lohnverhandlung. Eine weitere Erklärung bietet laut IAB das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Migranten seien demnach „eher bereit, zu unterdurchschnittlichen Löhnen zu arbeiten, als Einheimische“, zitiert das IAB.

IAB-Untersuchung: <http://bit.ly/1I0pF2q>

INHALT 08/2015

| | |
|--|---|
| Löhne vierter Klasse | 1 |
| Azubis ohne Aufenthaltsrecht | 2 |
| Unbegleitete Flüchtlinge: Kritik an Schwesig-Plänen | 2 |
| Jobeinstieg wird leichter | 2 |
| Internationale Absolventen: Arbeitgeber „zurückhaltend“ | 3 |
| News + Termine | 3 |
| Nicht die Menschen sind das Problem, sondern die Verhältnisse – Kommentar von Margot Käßmann, Botschafterin der Evangelische Kirche in Deutschland | 4 |



Azubis ohne Aufenthaltsrecht

Es sei eine „umstrittene, aber wichtige“ Regelung, schob Bundesinnenminister Thomas de Maizière vorweg, als er am 2. Juli im Bundestag die Debatte über das „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbedingung“ eröffnete. Für die Regierung ist die Reform die wohl weit reichendste ausländerrechtliche Neuregelung dieser Legislaturperiode, für die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke die „schlimmste Verschärfung des Asylrechts seit dem Asylkompromiss“. Tatsächlich enthält das Paket eine Reihe von Verbesserungen beim Bleiberecht, auf die Migrantenorganisationen seit Jahren gedrängt hatten, aber auch erhebliche Verschärfungen beim Abschieberecht.

Profitieren werden langjährig geduldete Flüchtlinge. Alleinstehenden, die mehr als acht Jahre in Deutschland leben, soll ein Bleiberecht erteilt werden, wenn sie Deutsch sprechen, nicht straffällig geworden sind und über Erwerbsinkommen verfügen. Familien müssen sechs Jahre warten. Die vollständige Sicherung des Lebensunterhaltes ist nicht mehr nötig. Ähnliche Regelungen waren in der Vergangenheit immer an Stichtage geknüpft. Rund 30.000 heute in Deutschland lebende Menschen konnten deshalb kein Bleiberecht bekommen. Nun gibt es keinen Stichtag mehr. Gleichzeitig

aber können Ausländerbehörden Geduldeten künftig so genannte Aufenthaltsverbote erteilen und so die neue Bleiberechtsregelung ins Leere laufen lassen.

Verbesserungen gibt es auch für gut integrierte Jugendliche. Diese können nun nach vier Jahren Schulbesuch ein Bleiberecht erhalten, bisher waren sechs Jahre nötig. Durch eine Altersgrenze sind aber viele unbegleitete Flüchtlinge, die mit 17 Jahren nach Deutschland kommen, von dieser Regelung ausgeschlossen.

Kritik gab es vor allem für die während der letzten Beratungen des Gesetzes eingeführte Duldungsmöglichkeit während einer Ausbildung. Auch in Zukunft können geduldete Jugendliche keine eigenständige Aufenthaltserlaubnis für die Zeit der Ausbildung und zur anschließenden Arbeitsplatzsuche erhalten. Dies war eine zentrale Forderung der Bundesländer, der das Bundesinnenministerium nicht nachgekommen ist. Stattdessen gilt eine Berufsausbildung nun als „dringender persönlicher Grund“ für eine mögliche Verlängerung der Duldung. Den betroffenen Migranten wird also weiter ein Aufenthaltstitel verwehrt, die Unsicherheit für sie und die Betriebe bleiben bestehen. Die Ausländerbehörden können im eigenen Ermessen entscheiden, ob sie eine Ausbildung gestatten oder nicht. Erst wenn nach Abschluss der

Ausbildung ein Jobangebot vorliegt, können die Jugendlichen eine Aufenthaltserlaubnis beantragen. Diese Möglichkeit besteht aber unabhängig von dem neuen Gesetz schon länger. Die Suche nach einem Ausbildungsplatz wird künftig schwierig bleiben: Viele Arbeitgeber dürfen sich auf die mit der Duldung bestehenden Unsicherheiten nicht einlassen wollen. Infrage kommt die Regelung ohnehin nur für Azubis, die ihre Ausbildung vor Vollendung des 21. Lebensjahres beginnen. Ausgeschlossen sind junge Geduldete aus „sicheren Herkunftsstaaten“ wie Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. „Es wäre uns in der Tat lieber gewesen, für Jugendliche in der Berufsausbildung nicht nur eine Duldung vorzusehen, sondern eine Aufenthaltserlaubnis“, sagte der SPD-Politiker Rüdiger Veit. Doch das sei mit der Union „nicht zu machen“ gewesen.

Scharf kritisiert wurde von Organisationen wie Pro Asyl die Ausweitung der Abschiebungshaft. So sollen Asylsuchende künftig schon deswegen eingesperrt werden können, weil sie aus einem anderen EU-Staat eingereist sind, ohne dort den Abschluss ihres Asylverfahrens abgewartet zu haben. So können praktisch alle dieser so genannten Dublin-Fälle in Haft genommen werden. Im vergangenen Jahr waren dies über 35.000 Menschen.

Unbegleitete Flüchtlinge: Kritik an Schwesig-Plänen

Das Bundesfamilienministerium will die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland verbessern. Diese müssen derzeit von Jugendämtern an ihrem Einreiseort untergebracht und betreut werden. Bestimmte Kommunen wie Hamburg sind deshalb stark belastet. Künftig sollen die Jugendlichen über die Bundesländer verteilt werden.

Derzeit leben über 18.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland, die meisten stammen aus Afghanistan, Syrien, Somalia und Eritrea. In die-

sem Jahr wird ihre Zahl deutlich ansteigen. Aktuell ist es gesetzlich verboten, diese Jugendlichen nach der Einreise durch Deutschland zu verteilen, um ihnen nach der Flucht weitere Belastungen zu ersparen. Das will Schwesig ändern. Mehr Kommunen sollen so an der Aufnahme beteiligt werden. Zudem will sie das Alter, von dem an unbegleitete Flüchtlingskinder ohne einen vom Staat bereitgestellten Vertreter auskommen müssen, von 16 auf 18 Jahre anheben.

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BUMF) lehnt Schwesigs Pläne ab. „Wir

sehen die Notwendigkeit der Entlastung einzelner Kommunen“, heißt es in einer Stellungnahme. Nicht die passgenaue Unterbringung der Minderjährigen aber steht im Mittelpunkt, sondern die quotale Verteilung. Es fehlten „Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten“ sowie eine unabhängige rechtliche Vertretung. Die Jugendlichen hätten keine Möglichkeit, sich gegen die Umverteilung zu wehren, ihr Asylverfahren würde sich verzögern, so der Verband.

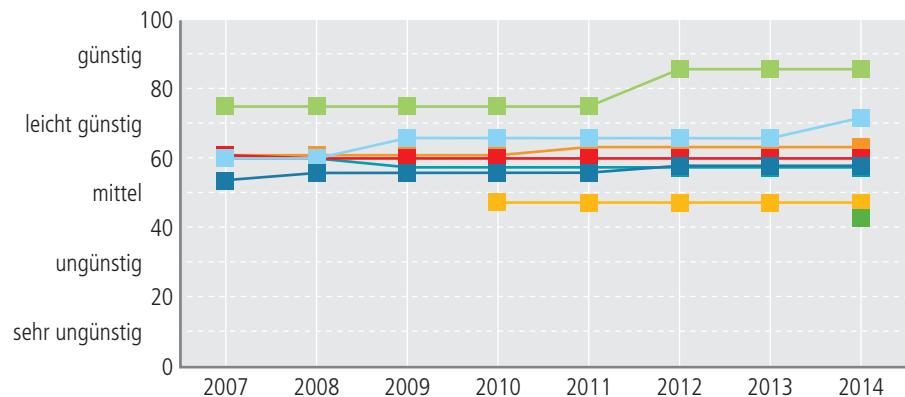
Stellungnahme des BUMF:
<http://bit.ly/103YnyV>

Jobeinsteig wird leichter

... aber Stillstand in fast allen anderen Integrationsbereichen – Deutschland im EU-Integrationsklimaindex

- Arbeitsmarktmobilität
- Politische Teilhabe
- Hürden für Einbürgerung
- Bildung
- Familienzusammenführung
- Hürden für dauerhaftes Aufenthaltsrecht
- Antidiskriminierung
- Gesundheit

Quelle: Migrant Integration Policy Index 2015,
www.dev.mipex.eu





Internationale Absolventen: Arbeitgeber „zurückhaltend“

Ausländer mit deutschem Studienabschluss haben es laut einer neuen Studie häufig schwer, hierzulande auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Internationale Absolventen würden von Unternehmen so gut wie nie als Zielgruppe erkannt. Dies ergibt ein neuer Report des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

„Beim Berufseinstieg stehen internationale Absolventen vor höheren Hürden als einheimische Studie-

rende. Das zeigt sich beispielsweise in einer überdurchschnittlich langen Jobsuche“, sagte Cornelius Schu vom SVR. So seien 30 Prozent der internationalen Absolventen, die in Deutschland bleiben, ein Jahr nach Abschluss noch auf Arbeitssuche.

Zwischen 2015 und 2020 werden knapp 240 000 internationale Studierende einen deutschen Abschluss erwerben. Die Hürden, an denen internationale Absolventen beim Berufseinstieg scheitern, seien „fehlende berufliche Netzwerke und Erfahrungen

auf dem deutschen Arbeitsmarkt, aber auch unzureichende Deutschkenntnisse“, so Schu. „Viele benötigen intensive Unterstützung bei der Jobsuche, finden an ihrem Hochschulstandort aber nur lückenhafte Angebote vor, die zudem häufig zu spät einsetzen.“ Viele Arbeitgeber zeigten sich „zurückhaltend“, Ausländerbehörden entschieden nicht einheitlich.

Dokumentation des SVR-Reports „Zugangstor Hochschule“: www.svr-migration.de/publikationen/zugangstor-hochschule

News + Termine

Neue Geschäftsbereichs-Leitung

Der Geschäftsbereich Migration und Gleichberechtigung wird ab sofort durch Daniel Weber geleitet. Er übernimmt somit die Nachfolge von Leo Monz. Daniel Weber war im Bereich bislang für kulturelle Vielfalt und Arbeitsmarktinintegration zuständig.

Sachsen beschleunigt Einbürgerungsverfahren

Sachsen will die Verfahren zur Einbürgerung beschleunigen. Ziel sei eine Bearbeitung in zwei bis drei Monaten, wenn alle Unterlagen vorliegen, so das sächsische Innenministerium. Dies soll durch eine neue Verwaltungsvorschrift mit einfachen Vorgaben für die Bearbeiter, verständlichen Regeln für die Antragsteller sowie neuen Musterschreiben und Formularen erreicht werden. „Wir kommen denjenigen entgegen, die die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollen“, sagte Innensenieur Markus Ulbig (CDU). 2013 erfüllten fast drei Viertel der Ausländer in Deutschland die Voraussetzungen für einen deutschen Pass, jährlich stellen aber nur etwas mehr als zwei Prozent von ihnen tatsächlich einen Antrag.

Islamisten: Angehörige melden sich öfter bei Beratungsstellen

Aus Sorge vor einem Abdriften ihrer Angehörigen zum gewaltbereiten Islamismus melden sich zunehmend Menschen aus deren Umfeld beim Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Zahl der Anrufe bei einer seit 2012 existierenden Hotline stieg von 185 im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres auf 451 im ersten Halbjahr dieses Jahres, berichtete die in Halle erscheinende „Mitteldeutsche Zeitung“. Unter den Anrufern seien Eltern genauso wie Lehrer, Freunde oder Mitglieder von Sportvereinen. Den Anstieg der Meldungen führt das Bundesamt allerdings nicht auf eine zunehmende Radikalisierung, sondern auf eine wachsende Bekanntheit der Beratungsstelle zurück. Sozialarbeiter André Taubert vom Bremer Beratungsnetzwerk kitab sagte: „Immer mehr Leute wissen, dass es so eine Beratungsarbeit gibt und dass die auch etwas bringt. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Szene sprunghaft gewachsen ist.“

Wettbewerb: „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2015

Zum 15. Mal schreibt das Bündnis für Demokratie und Toleranz den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ aus. Mit bis zu 5.000 Euro sollen zivilgesellschaftliche Projekte aus den Themenfeldern Demokratie, Toleranz, Integration, Gewaltprävention, Extremismus, Antisemitismus gewürdigt werden. „Wir suchen nicht die ‚einzigartige Aktion‘, sondern die Vielfalt des Engagements“, heißt es im Aufruf für den Wettbewerb. Besonderes Augenmerk will die Jury auf Projekte zur Radikalisierungsprävention, gegen Antiziganismus, Antisemitismus und Muslimenfeindlichkeit richten. Einsendeschluss ist der 27.09. www.buendnis-toleranz.de

Interkulturelle Woche

Die 40. Interkulturelle Woche wird am 27. September mit einem ökumenischen Gottesdienst im Mainzer Dom eröffnet. In einem Gemeinsamen Wort haben die Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz, des Rates der Evangelischen Kirche und der Orthodoxen Bischofskonferenz festgestellt, dass Deutschland sich in den vergangenen vier Jahrzehnten zu einem Einwanderungsland entwickelt habe. Dennoch hätten Teile der Bevölkerung Probleme mit der zunehmenden gesellschaftlichen Vielfalt. „In den vergangenen Monaten mussten wir erkennen, dass es in Deutschland noch offenen und verdeckten Rassismus gibt.“ www.interkulturellewoche.de

Ungarn: Premier Orbán sieht Kultur durch Einwanderung bedroht

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán sieht die europäische Kultur durch die derzeitige Zuwanderung bedroht. „Die weltweit stattfindende Masseneinwanderung könnte das Antlitz von Europas Zivilisation verändern“, sagte Orbán in Budapest bei einer Konferenz zu Ehren von Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU). „Es gibt keinen Weg zurück aus einem multikulturellen Europa“, sagte Orbán. „Weder zu einem christlichen Europa, noch zu einer Welt nationaler Kulturen.“ Im Juli begann Ungarn mit dem Bau eines 175 km langen Zauns gegen Migranten an der Grenze zu Serbien.

Anerkannt – Newsletter des DGB Bildungswerk – Themen der August-Ausgabe u.a.

- Hilfe bei Berufsanerkennung leisten
 - Wege in den Arbeitsmarkt. Ein Beispiel aus Schwäbisch Gmünd
- Newsletter „Anerkannt“ zum Download: www.migration-online.de

Mentorenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt – Teil I

28. bis 29. August 2015

Veranstaltungsort: Hamburg

www.migration-online.de/beitrag_aWQ9OTg5MQ_.html

23. bis 24. Oktober 2015

Veranstaltungsort: München

www.migration-online.de/beitrag_aWQ9OTg5NA_.html

Mentorenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt – Teil II

04. bis 05. September 2015

Veranstaltungsort: Hamburg

www.migration-online.de/beitrag_aWQ9OTg5MA_.html

30. bis 31. Oktober 2015

Veranstaltungsort: München

www.migration-online.de/beitrag_aWQ9OTg5Mw_.html

Workshop: Brauchen Migrantinnen eine besondere Anerkennungskultur?

15. September 2015

Veranstaltungsort: Düsseldorf

www.migration-online.de/beitrag_aWQ9OTkxMA_.html

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft Anerkennung

04. bis 09. Oktober 2015

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

www.migration-online.de/2015_fachkraft_anerkennung

Geht die globale Armut auf Reisen? Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik im 21. Jahrhundert

18. bis 23. Oktober 2015

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

www.migration-online.de/2015_migrationsseminar



Nicht die Menschen sind das Problem, sondern die Verhältnisse



© James Steakley

Kommentar von Margot Käßmann, Botschafterin der Evangelische Kirche in Deutschland

Aufbruch, weggehen, das Land verlassen, das ist immer wieder eine Erfahrung, von der die Bibel berichtet und diese Erfahrung ist durchaus positiv besetzt, ja Migration ist ein urbiblisches Thema! Die ersten, die sich aufmachen, sind in der biblischen Geschichte Adam und Eva: Sie müssen das Paradies verlassen, eine neue Heimat zu finden. Dieses Motiv bleibt konstant: Abraham und Sarah brechen auf in ein unbekanntes Land, getrieben von einer Hungersnot – als Wirtschaftsflüchtlinge würden wir sie heute wohl bezeichnen.

Der berühmte biblische Joseph wird von seinen Brüdern im wahrsten Sinne des Wortes verraten und verkauft. Er findet sich gezwungenermaßen in der Fremde wieder und muss sich integrieren. Mose führt in der biblischen Erzählung das ganze Volk Israel aus Ägyptenland in die Wüste und schließlich bis zur Grenze des gelobten und verheißenen Landes. Sie suchen einen Ort der Freiheit angesichts der Sklaverei, ein Ort, an dem es Nahrung, Arbeit und Zukunftsperspektiven für die Kinder gibt. Und nach Lukas träumt Joseph, dass sein Kind gefährdet ist durch König Herodes und flieht mit ihm und seiner Mutter nach Ägypten. Unterwegs sein, sich in fremden Kulturen beheimaten: Das ist eine Kernerfahrung der biblischen Erzählungen. Übrigens: Auch die Missionsgeschichte ist Migrations- und Inkulturationsgeschichte.

Es ist gut, aufzubrechen, ist das Fazit aus der christlichen Tradition. Es geht um Menschen, die kreativ sind, Gottvertrauen und auch den Mut haben, Neues zu wagen. Das ist mir wichtig. Denn es steht konträr zur herrschenden Ideologie: Sollen sie doch bleiben, wo sie sind! Ich bin überzeugt, die Bibel kann uns lehren, Migration neu zu denken. Es ist großartig, dass Menschen den Mut haben, alles zu verlassen, was sie kannten, und sich auf Neues einzulassen. Stattdessen werden sie als Problem benannt. Nicht die Menschen aber sind das Problem, sondern die Verhältnisse, unter denen sie leben.

Menschen werden inzwischen massiv an der Ausreise gehindert. Die Situation an den Grenzen der EU ist katastrophal. Europa tut alles, um Menschen daran zu hindern, aufzubrechen. Das haben wir früher Staaten wie der DDR vorgeworfen. Wir haben gesagt, es sind Diktaturen, die Menschen nicht ausreisen lassen. Heute wollen wir, die wir doch stolz darauf sind, Demokratien zu sein, Menschen an der Ausreise hindern.

Wir brauchen ein neues Narrativ für Migration als positiven Impuls. Warum all die Abwehr? Es geht darum, Menschen zu befähigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, ihr Leben selbst gestalten zu können! Wir müssen dringend die Menschenrechte hochhalten. Tut Europa das nicht, verliert es seine Identität, ja seine Seele. Europa ist das Ergebnis von Migration.

Könnte es nicht einmal Neugier geben auf die „Fremden“, auf das Fremde? In der Bibel wird „der Fremde“ zum einen als schutzbedürftig bezeichnet: „Der Fremdling, der unter euch wohnt, den sollt ihr schützen.“ Zum anderen wird „der Fremde“ als Bereicherung angesehen, ja, wir begreifen doch erst, wer wir sind, wenn wir anderen Menschen, anderen Meinungen, anderen Kulturen begegnen.

Ich wünsche mir, dass wir uns freuen können an Vielfalt. Dass wir die Gaben der Menschen respektieren, die zu uns kommen. Das bedeutet nicht, dass wir nicht alles tun sollten, dass überall auf dieser Welt Menschen Nahrung, Obdach, Bildung und Gesundheitsversorgung haben, um zu bleiben, wenn sie wollen. Aber die Freiheit, zu bleiben oder zu gehen, die Kreativität, die Aufbruch bedeutet, die dürfen wir nicht einschränken. Sonst verraten wir selbst, was wir doch so gern preisen: Freiheit zu Reisen, Globalisierung, interkulturelle Begegnung. Wir verraten die europäischen Ideale der Freiheit, wenn sie nicht auch die Freiheit der anderen bedeutet. Und wir verraten die so viel zitierten christlichen Werte, wenn sie nicht für jeden Menschen gelten, ganz gleich woher er kommt oder wohin sie will.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideeal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

